

**WASHINGTON.** Grafenwöhr ist vielen hochrangigen Offizieren im Pentagon ein fester Begriff. Zu Zeiten des Kalten Krieges machte so ziemlich jeder US-Soldat irgendwann einmal Station auf dem Truppenübungsplatz in der Oberpfalz. Aber kaum einer hätte gedacht, dass die Befehlslage in diesen Monaten wieder heißen würde: „Back to Grafenwöhr!“ – zurück in die alten Kasernen.

Das Städtchen im Landkreis Neustadt an der Waldnaab spielt in Washington seit Wochen eine herausgehobene Rolle: 50 Millionen Euro wollen die Amerikaner in aller Eile investieren, um auf dem 100 Jahre alten Truppenübungsplatz neue Hallen für militärisches Großgerät zu bauen – 250 Panzer, Haubitzen, 1700 Kampfwagen und Fahrzeuge. Warum?

Die Nato rüstet auf. Im Osten sollen 4200 zusätzliche Nato-Soldaten rotierend für jeweils neun Monate eingesetzt werden. Und ein Großteil des Geräts, so bestätigt das europäische Kommando der US-Streitkräfte, wird in Grafenwöhr gelagert. Die Infrastruktur rund um den Militärflughafen ist da, um im Krisenfall Material und Mannschaften in kürzester Zeit Richtung Osten zu verlegen.

Ein Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges? Tatsächlich wappnet sich die Nato gegen eine Auseinandersetzung mit Russland. Allerdings: Eine militärische Front nach altem Muster wird es in Osteuropa nicht geben. Bei Militärstrategen wie bei Regierungschefs ist derzeit ein Dreiklang ge-

fragt: maximale Beweglichkeit, Unberechenbarkeit und Dialogbereitschaft mit Moskau. Dazu kommt noch die Verstärkung von Cyber-Einheiten, die auf Angriffe im Netz direkt aus den Hauptquartieren reagieren könnten. Ein vielschichtiges Konzept, das ausdrücklich auch die Reaktivierung alter Kasernen in Deutschland vorsieht.

4,4 Milliarden Euro will allein das Pentagon in das Projekt „Rückversicherung“ (European Reassurance Initiative) stecken, um den osteuropäischen Staaten beizustehen, die

## „Abschreckung und Dialog gehören untrennbar zusammen.“

Angela Merkel,  
Bundeskanzlerin

sich seit der Annektierung der Krim und dem Krieg in der Ostukraine durch Russland bedroht fühlen. Noch deutlicher lässt sich kaum demonstrieren, wie tief das Misstrauen gegenüber Moskau inzwischen sitzt.

Die Schuld an dem Vertrauensverlust, meint zumindest die deutsche Kanzlerin, liegt ganz allein bei Moskau. Das Grundprinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen sei „durch Worte und Taten infrage gestellt worden“, sagte Angela Merkel gestern in einer Regierungserklärung zum Nato-Gipfel, der am heutigen Freitag in Warschau beginnt. Das russische Vorgehen in der Ukraine habe die Nato-Mitglieder im Osten „zutiefst verstört. Sie bedürfen daher der eindeutigen Rückversicherung durch die Allianz.“ Klingt das nach Drohung? Auch Merkel

wird nicht müde, das neue Nato-Mantra zu betonen: „Abschreckung und Dialog gehören untrennbar zusammen.“

Die Amerikaner sollen nun regelmäßig in Polen und den baltischen Staaten üben, und eben wieder in Grafenwöhr. Die Truppenaufstockung hat bereits begonnen, aber der größte Teil wird nach Auskunft der US-Streitkräfte für das Frühjahr 2017 erwartet.

Neue Ansätze sind auch bei der Bundeswehr zu beobachten. Der SPD-Politiker und Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels befindet sogar: „Wir stehen inmitten eines Epochenwandels.“ Niemand im Bendlerblock spricht von Aufrüstung, aber angesichts der unsicheren Lage in Osteuropa erscheint plötzlich wieder denkbar, was über zwei Jahrzehnte hinweg als Tabu galt: ein Landkrieg um Territorien mitten in Europa. Anstatt militärischen Engagements in Afrika ist plötzlich wieder konventionelle Verteidigung gefragt.

So gab Ursula von der Leyen Anfang vergangenen Jahres die Order aus: Die geplante Verschrottung von Leopard-2-Panzern wird gestoppt. Personal und Materialien werden nicht wie geplant abgebaut. Stattdessen werden die bisherigen Verbände zur Einsatzfähigkeit zu bringen. Das heißt: Die Fähigkeiten, über die die Bundeswehr oftmals nur auf dem Papier verfügt, soll es auch tatsächlich geben. Das gilt nicht zuletzt für die Sollstärke von 185 000 Soldaten, aus der die Bundeswehr – eigentlich – bestehen soll. Die Bundesregierung ist zwar weiterhin weit von ihrem Ziel entfernt, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Wehr-

etat auszugeben, immerhin steigt der Haushaltsansatz nach jahrelangen Kürzungen aber wieder.

Es gilt, im Bündnis wieder mehr Verantwortung zu übernehmen: Unmittelbar nach dem Gipfeltreffen in Warschau entsendet das Verteidigungsministerium etwa 200 Soldaten als Teil eines Nato-Bataillons nach Litauen. Insgesamt ist im Bündnis an vier Bataillone à 1000 Soldaten gedacht, die in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert werden sollen. Deutschland, Großbritannien, Kanada und die USA kommt die Führung jeweils einer Einheit zu. Ihr Auftrag: im Notfall als Brückenkopf zu dienen, um möglichst schnell eine

möglichst große Anzahl von Soldaten und Material ins Krisengebiet zu dirigieren. Dazu zählt auch eine neue multinationale Brigade, die für Rumänien geplant ist.

Deutlich höher liegt die Zahl der Bundeswehrangehörigen, die nur zeitweilig in den Partnerländern stationiert sind: Etwa 5000 deutsche Soldaten waren allein 2015 an Manövern und Ausbildungseinsätzen in Polen und im Baltikum beteiligt.

Die Kurskorrekturen im Westen lassen sich allerdings nicht vergleichen mit den Vorhaben der östlichen Nato-Partner. Dort werden nicht allein Etats hochgeschraubt und Waffenarsenale entstaubt: Aus

Sorge vor einem plötzlichen Überfall denken auch immer mehr Zivilisten über die eigene Wehrhaftigkeit nach. Freiwilligenverbände gewinnen in Polen, aber auch in den baltischen Staaten, wieder an Popularität. Das lässt sich am Nato-Großmanöver Anaconda ablesen, das gerade östlich der Weichsel stattfand. Unter den mehr als 30 000 Soldaten, die zum großen Teil aus Polen stammten, fanden sich diverse paramilitärische Einheiten. Sozusagen Guerillas im staatlichen Auftrag: Die Freizeitsoldaten, die jedes vierte Wochenende üben und dafür monatlich etwa 100 Euro erhalten, gelten laut Verteidigungsminister Antoni Macierewicz als fester Bestandteil des polnischen Sicherheitsapparates und sollen in den kommenden drei Jahren auf 35 000 Frauen und Männer anwachsen. Sie sollen den Einmarsch feindlicher Kräfte verzögern – und sei es nur um ein paar Tage.

Sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten lautet auch die Empfehlung aus Washington. Militärexpertin Julianne Smith vom Center for a New American Security verweisen auf die geografischen Gegebenheiten: Wer die kurze Strecke zwischen Weißrussland und Kaliningrad schließt, könnte quasi über Nacht die drei baltischen Staaten von den übrigen Nato-Partnern trennen. „Natürlich gibt es eine Raum-Zeit-Lücke zwischen Russlands Fähigkeiten, das Baltikum anzugreifen, und unseren Fähigkeiten, diese Region zu verteidigen“, sagt Smith. Die Appelle aus Estland, Lettland und Litauen, die Verteidigung zu stärken, seien da durchaus nachvollziehbar.

## Streitkräfte in Osteuropa

Die Nato will auf ihrem Gipfel am 8. und 9. Juli die Entsendung weiterer Truppen nach Polen und ins Baltikum beschließen. Russland plant im Gegenzug, mehr Soldaten an die Westgrenze zu schicken.



Quelle: IISS Stand (2015), russische Regierung (2016)